

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEERKLÄRUNG

1. Juni 2017

Iran: Eine Entweihung des Ortes der Massengräber würde entscheidende gerichtsverwertbare Beweise zerstören!

Die Entweihung eines Massengrabes in Ahwaz im Südiran würde entscheidende gerichtsverwertbare Beweise zerstören und damit die Gelegenheit, den massenhaft getöteten Gefangenen nachträglich zur Gerechtigkeit zu verhelfen. Das Massengrab in Ahwaz enthält die Gebeine von mindestens 44 Menschen, die „extralegal“ (ohne Richterspruch) hingerichtet wurden. So verlautbarte heute Amnesty International und ‚Justice for Iran‘.

Foto- und Videobeweise gelangten durch die NGO ‚Justice for Iran‘ zu AI und wurden dort ausgewertet. Sie zeigen Planierarbeiten beim Bau eines Gebäudes direkt an den Massengräbern und Bauschutt direkt an den Gräbern. Obwohl die iranischen Behörden keine offiziellen Verlautbarungen gaben, erfuhren Familien von den Plänen durch einen Arbeiter. Es sollen sämtliche Überbauungen an den Gräbern abgerissen und dann neu überbaut werden.

„Durch den Versuch, die Massengräber in Ahwaz zu zerstören, scheinen die Behörden auf unheilvolle Art entscheidende Beweise für vergangene Straftaten zerstören zu wollen. Sie entzögen damit den Familien der Opfer der 1988 getöteten Gefangenen ihr Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung. Das ist ein schockierender Angriff auf die Justiz, der unverzüglich gestoppt werden muss,“ sagte Magdalena Mughrabi, stellvertretende Leiterin der Abteilung Naher Osten und Nordafrika von Amnesty International.

„Jahrelang haben die Behörden den Familien der Opfer der extralegalen Hinrichtungen von 1988 unerträgliches Leid zugefügt. Sie haben den Angehörigen eine würdige Beerdigung ihrer Lieben verweigert und sie gezwungen, durch den aufgeworfenen Schutt zu laufen, wenn sie die Toten besuchen wollten. Nun planen sie sogar, ihren letzten Ruheplatz zu zerstören und die Erinnerung an sie zu löschen,“ so Shadi Sadr, zuständiger Direktor für die iranische Justiz.

Massengräber sind kriminelle Schauplätze, die bei Ausgrabungen professionelle Fachleute benötigen, die Beweise sichern und die Toten identifizieren können. Durch die (geplante) Entweihung des Ortes würden die Behörden entscheidende Beweise zerstören, die eines Tages gebraucht werden, um die Anzahl und die Identität der in staatlichem Gewahrsam Ermordeten zu klären.

Das Massengrab in Ahwaz befindet sich auf einer Wüstenei, drei Kilometer östlich vom Friedhof ‚Behesht Abad‘. Es sollen sich darin Dutzende der Personen befinden, die unter den mehreren Tausend getöteten politischen Gefangenen waren, die in einer Welle von Hinrichtungen überall im Iran 1988 stattfanden. Die Gefangenen waren inhaftiert an geheimem Ort, bevor sie nicht öffentlich hingerichtet wurden. Ihre Leichen warf man in der Nacht in frisch ausgehobene Gräben. Direkt danach schüttete man die Gräber zu, um so die Familien daran zu hindern, die Körper ihrer Angehörigen zu bergen.

Mitte Mai berichtete ein Arbeiter einem Familienmitglied, das den Ort besuchen wollte, dass der Weg verbeibereit würde, der entlang des Massengrabes führt. Später sollten sämtliche Bauten abgetragen werden, damit das Gebiet begrünt oder auch geschäftlich genutzt werden könne.

AMNESTY INTERNATIONAL PRESSEERKLÄRUNG

„Statt des Versuches, die Erinnerung an Getöteten zu löschen und die Justiz zu behindern, müssten die iranischen Behörden gewährleisten, dass der Ort des Massengrabes geschützt würde, bis eine saubere und unabhängige Nachforschung erfolgt. Familien haben das Recht zu erfahren, was mit ihren Angehörigen passierte, um sie dann in Würde beerdigen zu können,“ sagte Magdalena Moghrabi.

Das ist nicht das einzige Massengrab mit Getöteten von 1988, das in Gefahr ist zerstört zu werden. ‚Justice for Iran‘ hat erfahren, dass an einem anderen Ort im Nordosten, in Mashad, ebenfalls ein Massengrab in Gefahr ist. Dort liegen bis zu 170 politische Gefangene begraben.

Familien, die den Ort am Ende des Friedhofs Behesht Reza am Neujahrstag im März 2017 besuchten, entdeckten, dass das vorher ebene Gebiet mit Erde bedeckt war, so dass ein Hügel über dem Grab entstanden war. Die Gründe dafür blieben unklar. Es kommen aber Bedenken auf, dass die Behörden versuchen, alle Spuren der Massenhinrichtungen zu verwischen.

In den letzten drei Jahrzehnten hat die respektlose Behandlung der Gebeine der Opfer durch die Behörden das Leiden der Hinterbliebenen noch verstärkt. Die Behörden beleidigten die Toten und quälten ihre Familien durch Bezeichnung der Massengräber als ‚verfluchtes Land‘. Wiederholt sagten sie zu den Familien, dass ihre Verwandten ‚Ausgestoßene‘ seien, die nicht würdig für eine Beerdigung oder einen Gedenkstein seien. Den Familien wurde verboten, Gedenkversammlungen abzuhalten oder am Massengrab Mitteilungen zu hinterlassen.

Hintergrund

Die Massenhinrichtungen der politischen Gefangenen ohne Gerichtsurteil 1988 (bekannt als das Gefängnismassaker) begannen kurz nach der unglücklichen bewaffneten Invasion der im Irak stationierten Volksmudjaheddin ((PMOI) im Juli dieses Jahres. Überall im Land wurden politische Gefangene an geheimen Orten gefangen gehalten. Man hörte oft monatelang nichts von ihnen. Ihre Verwandten hörten dann, dass die Gefangenen in Gruppen hingerichtet worden seien. Man habe sie ohne Namen in Massengräbern beerdigt.

Die Familien hörten, dass ihre Verwandten getötet worden seien. Ihre Leichen wurden nicht herausgegeben und die meisten Begräbnisorte waren unbekannt.

Die meisten Getöteten waren schon jahrelang inhaftiert, oft wegen des friedlichen Gebrauchs ihrer Rechte durch Verteilen von Flugblättern oder Teilnahme an oppositionellen Demonstrationen oder der Unterstützung einer der vielen oppositionellen Gruppen. Einige hatten ihre Haftstrafen schon beendet. Sie wurden jedoch nicht freigelassen, weil sie es ablehnten zu ‚bereuen‘.

Bis heute wurde keiner der Verantwortlichen wegen der ungesetzlichen Exekutionen verhört und vor Gericht gebracht. Einige der wahrscheinlichen Täter haben weiterhin politische Ämter oder andere einflussreiche Positionen, auch bei der Justiz.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)

**AMNESTY INTERNATIONAL
PRESSEERKLÄRUNG**